

PRESSEMITTEILUNG

## Gewalt gegen Frauen und Mädchen konsequent stoppen

Die Zahlen sind alarmierend. Jeden zweiten Tag wird in Deutschland eine Frau durch ihren (Ex-)Partner getötet. Viele dieser Taten wären durch präventive Maßnahmen vermeidbar. Die Delegiertenversammlung der Ärztekammer Berlin fordert daher eine umfassende politische Strategie für mehr Schutz von Frauen und Mädchen.

Berlin, 20. November 2024

Mehr als 250.000 Menschen wurden nach Angaben des Bundeskriminalamtes im Jahr 2023 Opfer von häuslicher Gewalt – die meisten von ihnen sind Frauen oder Mädchen. Häufig findet die Gewalt in Partnerschaften statt und eskaliert schrittweise.

Viele dieser Taten wären durch präventive Maßnahmen wie Opferschutz und Täterarbeit vermeidbar. Doch obwohl die Gewaltstatistik Jahr um Jahr ansteigt, fehlen tausende Plätze in Frauenhäusern, Beratungsstellen sind chronisch überlastet und die Wartezeiten auf einen Platz im Frauenhaus oder einen Termin für eine Beratung für Personen nach einer Vergewaltigung viel zu lang.

Nur durch den Ausbau nachhaltiger Prävention und den gesicherten Zugang zu Hilfesystemen kann das Leben und die Sicherheit von Frauen und Mädchen geschützt werden. Die Delegiertenversammlung der Ärztekammer Berlin fordert daher in einer aktuellen Resolution:

- Mehr Schutzräume für Frauen und Mädchen.
- Eine bessere Unterstützung bei der Wohnungssuche von Frauen und Mädchen, die aus Schutzeinrichtungen ausziehen wollen.
- Bessere Koordinierung und klare Zuständigkeiten bei den Berliner Behörden.
- Verlässliche und dauerhafte Finanzierung von Angeboten für Gewaltpräventionsprojekte und Opferhilfe.
- Einführung von institutionell verankerten interdisziplinären Fallkonferenzen unter Beteiligung von Polizei, Jugendamt und Beratungsstellen zum Gewaltschutz von Frauen und Mädchen.

**Gewalthilfegesetz endlich umsetzen**

Mit diesen Maßnahmen würde die Politik auch endlich die Istanbul-Konvention konsequent umsetzen – ein Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie häuslicher Gewalt, die seit 2018 in Deutschland geltendes Recht ist.

Die Ärztekammer Berlin fordert die Bundesregierung zudem auf, das im Koalitionsvertrag angekündigte Gewalthilfegesetz endlich umzusetzen. Insbesondere der angekündigte Rechtsanspruch für Beratung und Schutz wäre ein großer Fortschritt. Betroffene, die keine Beratung oder keinen Schutz bekämen, könnten dann klagen. Bislang ist die Regierung ihren Zusagen jedoch nicht nachgekommen. Jeder Tag, den wir warten, ist ein Tag zu viel.

### **Sensibilisierung von Ärzt:innen fördern**

Die Ärztekammer Berlin ist seit Jahren Mitglied des „Runden Tisches Berlin – Gesundheitsversorgung bei häuslicher und sexualisierter Gewalt (RTB)“ aktiv. Die Sensibilisierung von Ärztinnen und Ärzten in diesem Bereich soll weiter gefördert werden. Denn häufig haben Ärztinnen und Ärzte Zugang zu Betroffenen und können bei einem Verdacht behutsam nachfragen und Hilfe anbieten.

Die Resolution „Gewalt gegen Frauen und Mädchen konsequent stoppen“ finden Sie unter diesem [Link](#).

### **Ansprechpersonen für Presseanfragen**

→ PD Dr. med. Peter Bobbert

→ Dr. med. Matthias Blöchle

Die Kontaktdaten erhalten Sie auf Anfrage von der Pressestelle der Ärztekammer Berlin.

### **Pressekontakt**

Ole Eggert

Pressesprecher

Ärztekammer Berlin, Körperschaft des öffentlichen Rechts

T +49 30 408 06 - 41 10

E [presse@aekb.de](mailto:presse@aekb.de)

[www.aekb.de](http://www.aekb.de)

# Instagram: [@aekberlin](https://www.instagram.com/aekberlin)